

Wie geht es mit der FDP weiter?

Jesse, Eckhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jesse, E. (2014). Wie geht es mit der FDP weiter? *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 63(4), 563-569. <https://doi.org/10.3224/gwp.v63i4.17266>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Wie geht es mit der FDP weiter?

Eckhard Jesse

1. Überraschende Entwicklung 2013

Womit kaum einer gerechnet hatte, trat bei der Bundestagswahl 2013 ein: ein Desaster für die FDP. Vermochte sie 2009 noch 14,6 Prozent zu erzielen, so verlor sie diesmal zwei von drei Wählerstimmen. Dem besten Ergebnis in ihrer Geschichte folgte das schlechteste. Aber nicht nur das: Mit 4,8 Prozent scheiterte sie zum ersten Mal bei Bundestagswahlen an der Fünfprozentklausel. Ein Novum: Eine kleine Koalition wurde nach *einer* Legislaturperiode abgewählt. Damit kam eine Fortsetzung des schwarz-gelben Bündnisses arithmetisch nicht mehr in Frage.¹ Hätte die Union 0,2 Prozent der Stimmen weniger und die FDP 0,2 Prozent mehr erhalten, wäre eine Mehrheit für ein „bürgerliches“ Bündnis erreicht worden.

Der politische Liberalismus ist eine Ideenströmung, die die Freiheit des Individuums – im Gegensatz zum Kollektivismus – in den Vordergrund rückt, bezogen auf die ökonomische, die rechtsstaatliche und die kulturelle Sphäre. In der deutschen Parteigeschichte war der Liberalismus organisatorisch gespalten, in eine mehr wirtschaftsliberale und eine mehr sozialliberale Strömung. Diese Spaltung wurde nach 1945 zwar organisatorisch überwunden, doch blieben die unterschiedlichen Strömungen erhalten, jetzt in *einer* Partei. Friedrich August von Hayek (1899-1972) und Wilhelm Röpke (1909-1966) gehörten zu den führenden Repräsentanten zumal des ökonomischen Liberalismus, der weit über die FDP hinausreichte.²

Zwei Fragen stehen im Vordergrund des Essays: Wird die FDP scheitern? Und gerät damit auch die Idee des Liberalismus für die nächste Zeit in eine Krise? Als Kriterium für das Scheitern der FDP gilt ein erneutes Scheitern bei der nächsten Bundestagswahl an der Fünfprozenthürde, als Kriterium für das Scheitern des Liberalismus



Prof. em. Dr. Eckhard Jesse
TU Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft

ein Verzicht der anderen Parteien, sie in ihrer Programmatik und in der Praxis verstärkt aufzugreifen. Ist das erste Kriterium gut fassbar, gilt dies für das zweite weniger klar. Selbstverständlich wird sich die Partei der Liberalen nicht auflösen, und das nicht völlige Verschwinden der liberalen Idee liegt auf der Hand. Die Frage ist nur: Welche Relevanz kommt ihr zu?

Vier Varianten bieten sich an: (1) Sowohl die FDP als auch der liberale Gedanke ist weiterhin von Bedeutung; (2) die FDP wird wieder stärker, nicht aber die Idee des Liberalismus; (3) diese erhält Zulauf, ohne dass die FDP davon profitiert; (4) weder die FDP noch der Liberalismus vermag zu reüssieren. Strukturelle und situative Faktoren spielen bei allen vier Szenarios eine Rolle. Insofern sind die nachfolgenden Überlegungen nicht frei von einem Gran an Spekulation, da die weitere Entwicklung von zahlreichen Faktoren abhängt, etwa personellen Der Übertritt eines führenden CDU-Politikers wie Friedrich Merz wäre ein positives Signal für die Liberalen, der Rücktritt des Vorsitzenden Christian Lindner ein Debakel. Freilich spricht weder viel für das eine noch für das andere Szenario.

2. Gegenwärtige Entwicklung

Das Scheitern der FDP 2013 basierte auf mannigfachen Gründen. Zum einen hatte die FDP nach der Bundestagswahl 2009 schwere Fehler gemacht. Fixiert auf Steuer-senkung, war sie auf anderen Gebieten nicht sonderlich präsent. So kritisierte sie die Haftung für die Schulden anderer Länder nur halbherzig, und die Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger konnte weder bei der Kritik an der Vorratsdatenspeicherung noch bei der Kritik an den Aktivitäten der NSA nachhaltige Akzente setzen. Die FDP hatte sich schnell das negative Image einer Klientelpartei erworben. Personelle Wechsel an der Spitze gingen nicht einher mit strukturellen inhaltlichen Änderungen. Die folgende Konstruktion rief, milde formuliert, öffentliches Erstaunen hervor: Zur Bundestagswahl 2013 gab es neben dem Parteivorsitzenden Philipp Rösler einen „Spitzenkandidaten“ Rainer Brüderle. Der bisweilen etwas markig-nassforsch auftretende Guido Westerwelle, der frühere Vorsitzende, erwies sich als ein guter Oppositionspolitiker und als ein weniger guter Regierungspolitiker. Sein Wort von der „spät-römischen Dekadenz“ empfanden viele Wähler als eine nicht hinnehmbare Provokation. Die enge Bindung an die Union dürfte schwerlich ein Fehler gewesen sein (wohl aber die gewisse Distanz der Union gegenüber der FDP), denn die Liberalen schnitten in der Vergangenheit meistens immer dann schwach ab, wenn sie sich um eine klare Koalitionsaussage herumdrückten (wie etwa 1957, 1969 und 2002)³, wobei weitere Faktoren wie das Auftreten der Konkurrenz eine Rolle spielten. Allerdings wirkte ihre Rolle als reine „Funktionspartei“ 2013 nicht überzeugend, da eine liberale Identität auf vielen Politikfeldern (z.B. Demographie; Digitalisierung; Klimawandel) allenfalls schwach erkennbar war. Wie gering die Stammwählerschaft der FDP gewesen ist, zeigt etwa der niedrige Erststimmenanteil von 2,4 Prozent (halbierter Zweitstimmenanteil).

Zum anderen hatten es ihr die Gegner schwergemacht, nicht nur die Oppositionsparteien (die Häme nach Bekanntgabe der Wahltagsbefragungen fiel heftig aus) und ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung (für manche Medien war die FDP als Kraft des als kalt geltenden „Neoliberalismus“, des „Turbokapitalismus“, eine Art Prügelknabe), sondern auch die Union, der größere Koalitionspartner, frustriert über das vergleichsweise schlechte Ergebnis 2009, ließ kaum eine Profilierung zu (Philipp

Rösler erzwang allerdings die Kandidatur Joachim Gaucks für das Amt des Bundespräsidenten), nicht in der Außenpolitik durch die dominierende Rolle der Kanzlerin, nicht in der Finanzpolitik durch Minister Wolfgang Schäuble, der einen strikten Anti-Steuersenkungskurs fuhr und damit die Strategie der FDP ins Leere laufen ließ. Und manche Entscheidung wurde der Union zugeschrieben, so die Aussetzung der Wehrpflicht durch Verteidigungsminister Guttenberg, obwohl die FDP schon länger deren Abschaffung gefordert hatte. Das wenig selbstbewusste Werben um Zweitstimmen in der Woche vor der Bundestagswahl nach dem Scheitern der Partei in Bayern an der Fünfprozentklausel schreckte potentielle Wähler eher ab. Ebenso trug das geänderte Wahlsystem – Überhangmandate werden erstmals durch Ausgleichsmandate ausgeglichen – zum Scheitern der FDP an der Fünfprozenthürde bei. Schließlich war so der Reiz für ein Stimmensplitting deutlich geringer geworden, ließen sich doch nunmehr keine Überhangmandate herbeiführen. Das war ein wesentliches Motiv von Wählern aus dem Umfeld von Union und FDP für ein Stimmensplitting, unabhängig davon, dass sich dadurch in der Regel gar kein Überhangmandat erzielen ließ.

Dass die führenden Politiker der FDP nach dem Scheitern bei der Bundestagswahl ihre Posten niederlegten, war unvermeidlich, doch mussten sie auch gleich als Lobbyisten tätig sein, wie die früheren Minister Daniel Bahr (als Generalbevollmächtigter der Allianz Private Krankenversicherung) und Dirk Niebel (beim Rüstungskonzern Rheinmetall AG)? Zum einen hat das ein Geschmäcke, zum andern wäre ein Zurück in die zweite Reihe glaubwürdiger gewesen, zumal die FDP gegen Versorgungsmentalität zu Feld zieht. Ist der Vorsitzende Philipp Rösler für das Weltwirtschaftsforum in Davos tätig, so haben sich Köpfe wie Rainer Brüderle und Guido Westerwelle ebenso aus der aktiven Politik zurückgezogen.

Die FDP gilt als ausgesprochene „Regierungspartei“. Bis zur Bundestagswahl 2013 war sie diejenige politische Kraft, die am häufigsten in der Bundesregierung vertreten war, meistens mit der Union (1949-1956⁴, 1961-1966, 1982-1998, 2009-2013). Umso gravierender ist der Einbruch bei der letzten Wahl. Die FDP, früher wegen des zuweilen schlechten Abschneidens bei Landtagswahlen als „Dame ohne Unterleib“ tituliert, hatte verheerende Niederlagen bei Landtagswahlen kassiert (so zwischen 1991 und 1994 und im Jahre 1999), sich aber wieder „aufgerafft“, nicht zuletzt wegen ihrer tragenden bundespolitischen Rolle. Das ist nun anders – jetzt muss der Aufschwung aus den Ländern kommen. Selbst Anhänger der Liberalen räumen ein, die Existenz der FDP als parlamentarische Kraft im Bund stehe auf dem Spiel.⁵

Das Abschneiden im Jahr nach der Bundestagswahl fiel noch deprimierender für die Partei aus. Der „Wahlkalender“ meinte es nicht gut mit den Liberalen. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament erreichten sie lediglich 3,4 Prozent (2009: 11,0 Prozent), obwohl die Fünfprozentklausel weggefallen war. Der Niedergang setzte sich fort: bei den drei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern im Spätsommer 2014. In Sachsen, wo sich die Liberalen unter Holger Zastrow von der als konturlos empfundenen Bundespartei stark abgrenzten („Sachsen ist nicht Berlin“) kam sie auf 3,8 Prozent (2009: 10,0 Prozent), in Thüringen bloß auf 2,5 (2009: 7,6 Prozent) und in Brandenburg gar nur auf 1,5 Prozent (2009: 7,2 Prozent). Die Selbstironie im Wahlkampf – in Brandenburg: „Kein Sau braucht die FDP“; in Thüringen: „Wir sind dann mal weg“ – verfiel nicht.

3. Vier Entwicklungsszenarien

Dem ersten Szenario (Erfolg der FDP, Erfolg des Liberalismus) liegt die Annahme zugrunde, die FDP werde wieder Fuß fassen und die Idee des Liberalismus gedeihen. Das könnte dann der Fall sein, wenn sie vor der nächsten Bundestagswahl einen spektakulären Erfolg bei einer Landtagswahl „einfährt“, bedingt z.B. durch den öffentlich wahrgenommenen „Stillstand“ der Großen Koalition, verursacht z.B. durch enge Zusammenarbeit von Politikern der Union mit denen der FDP⁶ oder auch durch Avancen der SPD und der Grünen. Und die Idee des Liberalismus ließe sich u.a. dann wieder mit Leben erfüllen, nähmen Paternalismus und Protektionismus im Bereich der (Wirtschafts-)Politik überhand.

Der Erfolg der FDP vermag den liberalen Gedanken zu fördern wie umgekehrt dessen Reüssieren der Partei des Liberalismus hilft. Dafür muss sich in Teilen der Öffentlichkeit die Auffassung durchsetzen, es sei notwendig, die Ideen des Liberalismus, die auf Freiheit, Subsidiarität und Eigenverantwortung basieren, stärker zu propagieren. Die negative Konnotation des Begriffs „Neoliberalismus“ steht dem gegenwärtig entgegen.

Das zweite Szenario (Erfolg der FDP, Misserfolg des Liberalismus) läuft darauf hinaus, dass die FDP auf Kosten des liberalen Gedankens Fahrt aufnimmt. Sie gewinnt Stimmen gerade deshalb, weil ihr Kurs sich nicht so sehr an liberalen Strömungen orientiert, sondern an populistischen, indem sie etwa die gesellschaftspolitischen Positionen der Alternative für Deutschland (AfD) übernimmt. Dieser Schwenk, der ihr vorübergehenden Erfolg bescheren könnte, sofern die AfD wie die Piratenpartei zuvor schnell scheitert, wäre folglich mit einer Aufgabe tragender Prinzipien des Liberalismus erkauft.

Dieser würde sich aus dem öffentlichen Diskurs praktisch verabschieden, da ihn keine andere politische Kraft belebt. Weithin „sozialdemokratisierte“ Parteien stünden rechtspopulistischen gegenüber. Die Strömung des Liberalismus fristete damit in der parteiförmigen Arena ein Schattendasein. Die Tendenz zu staatlicher Interventionspolitik fördert die Große Koalition, die alle Interessen großzügig bedienen will, statt ihnen Einhalt zu gebieten.

Das dritte Szenario (Misserfolg der FDP, Erfolg des Liberalismus) besagt, dass die FDP auf keinen grünen Zweig kommt, obwohl die Idee des Liberalismus gedeiht. Es liefe auf eine gegenteilige Position zum eben genannten Szenario hinaus. Liberal gesinnte Wähler sehen ihre erste Präferenz in der parteipolitischen Konkurrenz: in den Grünen etwa, die sich teilweise linksliberaler Positionen befleißigen, um vom Verbotsimage wegzukommen; in der Union, die betont ein wirtschaftsliberales Klientel anspricht; in der SPD, die durch die Wirtschaftspolitik von Sigmar Gabriel einen Teil des sozialliberalen Milieus „einfängt“; und in der AfD, einer „frischen Kraft“, der die Wähler mehr als den Liberalen zutrauen.

Es ließe sich das Argument vorbringen, die FDP habe sich zu Tode gesiegt“. Schließlich sei der Liberalismus eine Weltanschauung, die mittlerweile in allen wichtigen Parteien mehr oder weniger salonfähig geworden ist. Ein paradoxes Ergebnis: Gerade deshalb, weil die Ziele des politischen Liberalismus als konsensfähig gelten, gerät die Kraft, die diese Richtung organisatorisch verkörpert, in eine massive Defensive.

Das vierte Szenario (Misserfolg der FDP, Misserfolg des Liberalismus) wäre das krasse Gegenteil zur ersten Variante. Die mangelnde Zukunftsfähigkeit trifft für die Partei wie für die hinter ihr stehende Idee zu. Die FDP, mit dem Verliererimage ver-

sehen, gilt als verbraucht, der Liberalismus, mit dem Image von Rücksichtslosigkeit ausgestattet, in einer Zeit staatlicher Interventionen als überholt.

Eine solche Entwicklung wäre bei einer Spaltung der Partei programmiert. Die Vergrößerung der Zahl liberaler parteiförmiger Kräfte liefe auf eine Schwächung der Partei wie des Liberalismus insgesamt hinaus. Konflikte würden nicht mehr intern erörtert, sondern in aller Öffentlichkeit. So ist die Gründung der „Neuen Liberalen“ im Herbst 2014 in Hamburg eine Totgeburt – zugleich schwächt sie die dortige FDP bei der nächsten Wahl eines Landesparlaments (15. Februar 2015). Dabei war die FDP erst 2011 wieder ins Parlament eingezogen, das erste Mal nach 2001.

4. Wahrscheinliche Entwicklung

Bisher sind vier mögliche Positionen erwähnt worden, ohne die Wahrscheinlichkeit prospektiver Positionen zu gewichten. Die folgenden Überlegungen kommen, wie erwähnt, angesichts der Vielzahl an Unwägbarkeiten wahrlich nicht ohne spekulative Elemente aus.⁷ Zunächst: Wie oft schon ist das Totenglöcklein für die PDS bzw. Die Linkspartei bzw. Die Linke geläutet worden, ohne dass es zum Verschwinden oder gar nur zur Schwächung des organisierten Postkommunismus gekommen ist. Die Volatilität des Wahlverhaltens ist angesichts der nachlassenden Bindungen an herkömmliche Milieus beträchtlich. Erst jüngst hat der Berliner Publizist und Historiker Paul Nolte die These vertreten, der Ideenhaushalt der Grünen sei erschöpft. „Wir schreiben das Ende des grünen Zeitalters.“⁸

Gewiss, die Partei der Grünen war nach der Bundestagswahl 1990 ebenso nicht im Parlament vertreten wie die PDS nach der Bundestagswahl 2002, doch seinerzeit dominierten klar die stark situativen Gründe, im Fall der Grünen die Skepsis gegenüber der Wiedervereinigung, im Fall der PDS die Strategie, in erster Linie Edmund Stoiber, den Kanzlerkandidaten der Union, zu bekämpfen und die dezidierte Ablehnung eines militärischen Einsatzes im Irak durch Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Diesmal jedoch dürften die strukturellen Faktoren stärker sein. Die FDP, von der öffentlichen Meinung größtenteils ignoriert, ist in keiner Landesregierung mehr vertreten, in keinem ostdeutschen Landesparlament, und sie spielt bei öffentlichen Debatten kaum eine vernehmbare Rolle (mehr). Mit der Alternative für Deutschland hat sie eine starke Konkurrenz bekommen, die nicht zuletzt in ihrem Milieu „wildert“. Die Union, lange ihr „natürlicher“ Koalitionspartner, scheint sie weithin abzuschreiben. Der Satz „nicht ist so erfolgreich wie der Erfolg“ gilt umgekehrt auch. Insofern spricht mehr für ein Scheitern der Partei bei der nächsten Bundestagswahl an der Fünfprozentklausel als umgekehrt, nicht jedoch für ein Scheitern des politischen Liberalismus insgesamt, denn dieser findet über das Elektorat der FDP hinaus gewisse Unterstützung.

Angebotsstrukturen und Gelegenheitsstrukturen entscheiden gleichermaßen über das Abscheiden der FDP. Allerdings besteht zwischen beiden ein enger Zusammenhang. Ein gutes Angebot bedeutet zugleich eine gute Gelegenheit für die Partei zur Profilierung; und schlechte Gelegenheitsstrukturen tragen nicht zu einem besseren personellen Tableau der Partei bei. Diese hat von Ende 2009 bis Ende 2013 mehr als 20 Prozent ihrer Mitglieder verloren (Ende 2013: 57.263)⁹ – sie besitzt so wenige wie vor mehr als 40 Jahren, wobei der Trend weiter nach unten zeigt. Die FDP, die den Wettbewerb fordert wie keine andere Partei, könnte mit ihren geringeren Ressourcen im Wettbewerb scheitern.

Ende Oktober 2014 lag die FDP in den einschlägigen Meinungsumfragen der Institute viermal bei 3,0 Prozent, dreimal bei 2,0 Prozent.¹⁰ Gewiss, Umfragen sind keine Ergebnisse, aber es ist gegenwärtig eine Ursache für einen Wandel schwer erkennbar. Sollte die AfD angesichts interner Zerwürfnisse einbrechen – das Beispiel der „Piraten“ zeigt die enorme Fluktuation des Elektorats –, könnte dies eine Chance für die Liberalen bedeuten.

5. Wünschenswerte Entwicklung

Bisher ist nur die prospektive Ebene berührt worden, nicht die präskriptive. Welche ist für eine offene Gesellschaft anstrebenwert? Das Wahrscheinliche muss nun nicht das Wünschenswerte sein. Wird eine Partei wie die FDP wirklich nicht mehr benötigt? Um einige Alleinstellungsmerkmale anhand rhetorischer Fragen aufzuzählen: Gibt es eine politische Kraft, die so stark gegen die kalte Progression zu Felde zieht wie die FDP (weil sie Leistung anerkannt sehen will), eine Partei, die derart entschieden den Solidaritätszuschlag ablehnt (handle es sich doch um eine versteckte Steuererhöhung), eine Partei, die dem Mindestlohn kritisch gegenübersteht (die FDP fürchtet eine Vernichtung von Arbeitsplätzen), eine politische Kraft, die nicht nur bei der „Energiewende“ der Subventionspolitik entgegentritt (um keine Verzerrungen des Wettbewerbes zu provozieren), eine Partei, die aus prinzipiellen Erwägungen keiner Verbotsmentalität das Wort redet, ohne das Prinzip der streitbaren Demokratie in Frage zu stellen (selbst ein Verbot der klar rechtsextremistischen NPD tue dem politischen Wettbewerb in einer freiheitlichen Demokratie nicht gut)?

Und allgemein gesprochen: Wer für mehr Eigenverantwortung plädiert, das Leistungsprinzip hoch hält, für weniger Bürokratie streitet, die Konsolidierung der Haushalte fordert und gegen grassierende Ausgabenerhöhungen wettet, sich den Prinzipien des Rechtsstaates verpflichtet weiß, ist ein ernsthafter Wettbewerber. Er sollte unter der Konstellation einer Großen Koalition mindestens jeden 20. Wähler auf die eigene Seite ziehen können. Es ließe sich sogar sagen, die Bundesrepublik sei angesichts der Politikverflechtung ein „Staat der Großen Koalition“ (Manfred G. Schmidt), unabhängig von der jeweiligen Koalitionsfärbung. Nur: Die Partei hat ein notorisch negatives Image, an dem sie freilich nicht allein die Schuld trägt.

Die FDP ist konsequent, was die sozio-ökonomische und die sozio-kulturelle Konfliktlinie anlangt: Sie fordert „weniger Staat“ in allen Bereichen der Politik, in der Sicherheitspolitik ebenso wie in der Wirtschaftspolitik. Hingegen gilt das so nicht für die beiden großen Parteien. Die Union betont „mehr Staat“ im Bereich der inneren Sicherheit, nicht aber in dem der Wirtschaft. Bei der SPD ist es umgekehrt. Würde die FDP hinfert im Bundesparlament fehlen, wäre eine wichtige politische Facette nicht mehr vertreten, Vielfalt reduziert. In einer Grundsatzrede auf dem außerordentlichen Parteitag im Dezember 2013 sprach sich Christian Lindner für eine „Lebenslaufhoheit“ der Menschen aus, um ein Alleinstellungsmerkmal der Liberalen, den Individualismus, zu stärken.

Wer die bisherige Geschichte der Bundesrepublik Deutschlands Revue passieren lässt, kommt nicht um die Erkenntnis herum, dass der parteiförmige Liberalismus alle Grundlagenentscheidungen der „großen Politik“ mitgetragen hat: die Westbindungspolitik Konrad Adenauers, die Politik der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards, die Ostverbindungspolitik Willy Brandt, die Anti-Terrorismuspolitik Helmut Schmidts, die Wiedervereinigungspolitik Helmut Kohls. Und selbst als die FDP in der

Opposition war, hat sie sich nicht gegen die Wehrpolitik gesperrt (in den fünfziger Jahren), nicht gegen die flexible Ostpolitik (in den sechziger Jahren), nicht gegen die Politik des sozialstaatlichen Umbaus unter Gerhard Schröder (vor einem Jahrzehnt). Sie übernahm eine Scharnierfunktion, indem sie Regierungswechsel von der Union zur SPD bzw. wieder zur Union ermöglichte. Heute ist sie in der größten Krise ihrer Existenz weit davon entfernt. Sie kann sich, da sie die Bindung an eine andere Partei hinfort zu vermeiden sucht, nicht mehr auf eine Zweitstimmenkampagne verlassen, sondern muss offensiv den „Fürsorgestaat“, den „Gefälligkeitsstaat“, den „Interventionssaat“, den „Steuerstaat“, den „Schuldenstaat“ und den „Umverteilungsstaat“ mit ihrem Konzept von der freiheitlichen „Bürgergesellschaft“ herausfordern.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Eckhard Jesse, Schwarz-Gelb – Vergangenheit und Gegenwart, aber Zukunft?, in: Frank Decker/ders. (Hrsg.), Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der deutschen Bundestagswahl 2013. Parteiensystem und Regierungsbildung im internationalen Vergleich, Baden-Baden 2013, S. 323-347.
- 2 Vgl. Hans Jörg Hennecke, Die Angst vor der offenen Gesellschaft – Totalitarismus und Extremismus als wirtschaftlicher Kollektivismus, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 18, Baden-Baden 2006, S. 81-109.
- 3 Vgl. Marco Michel, Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949-2002, Wiesbaden 2005, S. 290-293.
- 4 In diesen Jahren bestand das „bürgerliche“ Bündnis aus mehreren Parteien. Die Deutsche Partei war stets mit dabei.
- 5 Vgl. Jürgen Dittberner, Die FDP. Von der Regierung in die außerparlamentarische Opposition. Und zurück?, Berlin 2014.
- 6 Vgl. Robin Alexander, CDU-Politiker wollen tote FDP wiederbeleben, in: Die Welt v. 24. September 2014.
- 7 Vgl. Patrick Horst, Totgesagte leben häufig länger, manchmal lange. Zu den Überlebenschancen der Grünen vor dem koalitionspolitischen Erfahrungshintergrund der FDP, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32 (2001), S. 841-860.
- 8 Paul Nolte, Verblüht, in: Cicero, Nr. 11/2014, S. 49.
- 9 Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2013, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 45 (2014), S. 420.
- 10 Vgl. wahlrecht.de (31. Oktober 2014).